

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 50.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt.
Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen.

Cöln, den 10. Dezember 1909.

Insertionspreis für die vierseitige Zeitung 30 Pf. Stellengesuche und Anzeigen, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Cöln, Palmsstraße 14. Telefonat 3210. — Redaktionschluss ist Dienstag Mittag.

10. Jahrg.

Kampf oder Frieden?

Dass die Lüne der Friedensschlafmeien der Arbeitgeber in den Reihen der Arbeiter nicht die erhoffte Stimmung ausgelöst haben, will anscheinend der „Fachzeitung“ des Arbeitgeber-Schuhverbandes gar nicht zugesagen. In längeren Ausführungen beschäftigt sie sich in ihrer Nr. 49 mit der von den Arbeitern gegebenen Antwort: „Wenn wir den Frieden wollen, müssen wir zum Kriege rüsten!“ und den an den einzelnen Orten gestellten Forderungen.

Bezüglich der Rüstung zum Kriege gibt die Fachzeitung den Arbeitgeberorganisationen gar nicht so Unrecht. Jede Lohnbewegung sei mit einem Gesetz zu vergleichen, bei dessen Einleitung die Artillerie durch Kanonengetöse den Aufmarsch der Parteien zu verdecken suchte. „Es gilt“, so sagt sie weiter, „die Organisation auf der Höhe der Situation erscheinen zu lassen und den Mitgliedern Vertrauen und Zuversicht in die eigene Kraft einzuflößen.“ Damit kann sich auch der Arbeitgeber-Schuhverband abfinden, denn auch er kennt und versteht den Wert eines festen und vertrauensvollen Zusammenschlusses.“ — Gut also! Was den Arbeitgebern billig ist, kann den Arbeitern nur recht sein. Mit „Kanonengeschütze“ lässt sich indes wohl der Aufmarsch verdecken und die Stärke verheimlichen, niemals aber eine größere Kraft gewinnen. Es kommt hier mehr auf letzteres an und haben die Arbeiter so keine Veranlassung, von ihren „Rüstungen“, d. h. der Gewinnung neuer Kämpfer und der Stärkung der Kriegskasse abzulassen. Lassen wir das „Kanonengeschütze“ nur so nebenbei gelten.

Von besonderem Werte zur Beurteilung der ganzen Situation ist es jedoch, wenn die „Fachzeitung“ sich auf die Leistung der sozialdemokratischen „Holzarbeiter-Zeitung“ festsetzt, bei der Formulierung der Forderungen, müsse seitens der Arbeiter auf die Konjunkturverhältnisse Rücksicht genommen werden. Nach den bisher der Fachzeitung gegebenen Mitteilungen, soll fast allerorten das Gegenteil der Fall sein. Die Bemerkung der „Holzarbeiter-Zeitung“, die Bünde der Arbeiter würden sich der Konjunktur halber in eingeschränkten Grenzen halten, begleitet die „Fachzeitung“ mit einem „verständnisvollen“ „Na, na!“ Berichte aus 42 Städten zeigen das „Gegenteil von Bescheidenheit und Rücksichtnahme“ auf die überaus trostlose Konjunktur erkennen, denn Forderungen von weniger als 4—5 Pfennig Lohnzulage pro Stunde sind uns bisher nicht bekannt geworden.“

Bezeichnend ist es, daß schon eine Lohnnerhöhung von 4—5 Pf. pro Stunde, die für mehrere Jahre festgelegt werden soll ohne das weitere Erhöhungen gefordert werden können, dem maßgebenden Arbeitgeberorgan als das „Gegenteil von Bescheidenheit und Rücksichtnahme“ gelten. Ohne auch nur die örtlichen Verhältnisse in irgend einer Weise in Betracht zu ziehen, werden derartige Forderungen einfach unbedeutsam und rücksichtslos abgetan. Deutlich genug sagt schon dieses, was die Arbeitgeber wollen, noch klarer wird für uns die Situation, wenn wir den Ausführungen der „Fachzeitung“ weiter folgen: Sie schreibt:

„Ob man nun damit rechnet, daß während der Verhandlungen eine Teil zugeben und der andere ablassen muß, wollen wir Augenblick nicht näher prüfen, klar und deutlich aber möchten wir zum Ausdruck bringen, daß eine Verständigung auf Basis einer 8—10 prozentigen Lohnnerhöhung ausgeschlossen gelten muß! Wir kennen die Verhältnisse innerhalb unseres Gewerbes gut genug, um zu wissen, es unserem Kollegen völlig unmöglich ist, bei den stets steigenden Preisen ihrer Fabrikate eine Lohnnerhöhung in gesuchter Höhe zu bewilligen.“

Völlig unverständlich aber muß es bleiben, wenn neben den ins Blaue hinein gesuchten Löhnen gleich eine ganz wesentliche Verkürzung der Arbeitszeit auf den Wunschzettel erscheint. So wird z. B. in In eine Kürzung der jetzigen 54 stündigen Arbeitszeit auf 48 Stunden als angemessen gefordert, und bezeichnend ist daß der christliche Verband die Forderung eines „roten Bruders“ einsach abgeschrieben hat. Auch bei den größten Friedensliebe der Arbeitgeber muß es ausgeschlossen gelten, daß sich die örtlichen Parteien verdingen werden, es sei denn, daß die Mahnung der „Holzarbeiter-Zeitung“ bei den Führern ihrer örtlichen Organisationen Eingang findet und bergetige, ganz übertreibende Forderungen ein bescheidenes Maß herabgedrückt werden.

Es darf sich diese Bescheidenheit auf Seiten des Arbeiters um so mehr empfehlen, als uns jüngst bekannt ist die wirtschaftliche Krise der beiden letzten Jahre

nicht nur den Arbeitgebern, sondern auch den Arbeitnehmern recht fühlbar geworden ist. Die Kassen ihrer Organisationen sind durch die Arbeitslosigkeit ganz erheblich in Anspruch genommen, und noch ist ein Ende hervorzuholen, ohne eine wesentliche Milderung nicht abzusehen.

Man glaubt doch ja nicht, daß der Arbeitgeber-Schuhverband für das Deutsche Holzgewerbe nicht ebenso, wie seine Partner, zum Kampf gerüstet ist. Wir wünschen zwar diesen Kampf nicht, da er beiden Seiten diese Kunden schlagen mühte und Millionen unnötig vergeudet würden, aber wir fürchten ihn auch nicht und brauchen ihn umso weniger zu scheuen, als wir diesmal mit einer kompakten Masse von 45 bis 50 Städten und fast 40 000 Arbeitern zu rechnen haben, deren Unterstützung eine mögliche Ausgabe von 5—600 000 Mk. für deren Organisationen bedeuten würde. Dieser Hinweis allein sollte den Heißspornen Veranlassung zur Mäßigung und zum Nachdenken darüber geben, ob es im Interesse der Arbeiterschaft liegt, ohne Rücksicht auf die Konjunktur eine Verkürzung der Arbeitszeit und gleichzeitig eine Lohnzulage in der Weise zu fordern, daß jede Verhandlung scheitern müßt.

Die Arbeitgeber der deutschen Holzindustrie wollen den Frieden, aber sie wollen ihn nicht um jeden Preis, und an unseren Partnern wird es liegen, ob das letzte Mittel, den Frieden zu erzwingen, der Kampf sein soll!“

Diese Sprache des Arbeitgeberorgans ist sicherlich nicht danach angestanzt, die Hoffnung der Arbeiterschaft auf eine friedliche Tariferneuerung zu stärken. In Abrechnung der Wirkungen der Krise für die Arbeiterschaft, die ja von der „Fachzeitung“ ebenfalls anerkannt, wenn auch in irriger Weise mit der Organisation in Zusammenhang gebracht werden, kann man nicht behaupten, daß die Forderungen der Arbeiter exorbitante sind. Das wäre ja schließlich noch schöner, wenn schon die Wirtschaftskrise für den Arbeiter recht fühlbar war, et auch noch durch einen nichtschiebenden Tarifvertrag gezwungen würde, in den Jahren der guten Konjunktur, in den alten schwer drückenden Verhältnissen weiter zu arbeiten. Das kann man wirklich nicht verlangen. Bei einer objektiven Betrachtung der Sachlage, sollte auch der Arbeitgeber-Schuhverband zu dieser Erkenntnis kommen. Was die Bemerkung der „Fachzeitung“ anbelangt, in Cöln habe der christliche Verband die Forderung seines „roten Bruders“ auf eine 52 stündige Wochenarbeitszeit einfach abgeschrieben, so wollen wir darüber nicht viele Worte verlieren. Wir konstatieren lediglich diesen erneuten Beweis der besonderen „Liebenswürdigkeit“, die von jeher unserem Verbande seitens der Leitung des Arbeitgeber-Schuhverbandes befunden wurde. Den Cölnern Arbeitgebern wurde „gewünscht!“

Unseren Kollegen sind die Ausführungen der „Fachzeitung“ eine Mahnung, unablässig an dem Ausbau ihrer Organisation zu arbeiten. Nur eine sich regende und so um die Verbesserung ihres Loses kämpfende Arbeiterschaft wird den Arbeitgebern Respekt einflößen. Die Gefahr, daß den berechtigten Wünschen der Kollegen nicht entsprochen wird, wenn sie „Gottes Wasser über Gottes Land laufen lassen“, liegt nach der wiedergegebenen Willensbildung der Arbeitgeber sehr nahe. Rüsten wir daher zum Kampf! Dringt bei den Arbeitgebern dann im leichten Moment die Überzeugung von der Berechtigung der Wünsche der Kollegen durch und wird so der Kampf vermieden, dann desto besser. Seien wir indes auf alles gefaßt und erhoffen wir alle zu erzielenden Erfolge allein nur von unserer Stärke.

Finanzreform und Volkswirtschaft.

VIII.

(Schluß)

Man wird der Gerechtigkeit wohl am nächsten kommen, wenn man ein gemischt Steuersystem nimmt und die nächstliegende Frage ist, inwiefern die Besteuerung in Deutschland der sozialen Gerechtigkeit entspricht. Hierzu ist notwendig, daß man nicht die Steuern, die im Reich bezahlt werden, allein für sich betrachtet, sondern zum Ausgangspunkt die gesamte Steuerleistung der öffentlichen Körperhaften in Deutschland zum Vergleich heranzieht, also die Steuern in den Gemeinden, in den Einzelsstaaten und im Reich. Der Reichsdatat für sich betrachtet gibt stets ein ungünstiges Bild, weil, wie schon früher dargelegt, die wesentlichen Kulturaufgaben den Einzelsstaaten und Gemeinden überlassen sind, während dem Reich als Hauptaufgabe die Erhaltung der Landesverteidigung zugewiesen ist.

Hier sei von vornherein auf einen erheblichen Mangel in der Steuerstatistik hingewiesen. Es fehlt uns in Deutschland

eine zusammenfassende, jährlich oder periodisch wiederkehrende Aufstellung der Steuererträge in Reich, Staat und Gemeinde nach dem Charakter der Steuern und eine Aufstellung der Ausgaben dieser öffentlichen Körperhaften nach ihrem Verwendungszweck. Die amtliche Denkschrift zur Finanzreform bringt zwar einige Materialien, die aber nur für diesen Einzelfall zusammengestellt sind. Die Unzufriedenheit mit den Steuern und den steigenden öffentlichen Aufwendungen beruht nicht zum geringen Teil auf dem Umstand, daß die Bevölkerung zu wenig erfährt, für welche Zwecke die öffentlichen Mittel verwendet werden. Die Budgets der Gemeinden und Staaten enthalten zwar überall diese Nachweiszungen, aber sie werden nicht beachtet. Eine übersichtliche Reichsstatistik würde diesen Mangel beseitigen können. In der amtlichen Denkschrift wird folgende Zusammenstellung der Steuern nach ihrem Charakter gegeben: (Siehe Tabelle I und II.)

I. Erträge der Steuern (in Millionen Mark).

Steuertypen	St.	Bruttobetrag	Steuer-Gehalt	Gehalt mit mehr als 10 000 Einwohnern	Gehalt mit weniger als 10 000 Einwohnern	Gehalt mit mehr als 10 000 Einwohnern	Gehalt mit weniger als 10 000 Einwohnern	Zusammenfassung	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
I.									
Allgemeine Einkommensteuer	—	407,5	1,6	300,7	8,7	—	49,1	767,6	
Berücks.-Ergänz.-Steuer	—	62,4	—	—	—	—	—	62,4	
Grundsteuer	—	42,3	3,9	146,6	10,7	—	5,2	212,2	
Gebäudesteuer	—	9,5	—	—	—	—	—	9,5	
Wohn-Mietsteuer	—	10,7	—	2,9	0,02	—	—	12,7	
Gewerbesteuer	—	21,8	2,2	78,3	3,3	—	0,2	106,3	
Kapitalerlösesteuer	—	14,1	1,8	8,1	0,4	—	—	24,4	
Soziale Einkommensteuer	—	8,6	—	2,7	—	—	—	11,3	
Wandergerwerbesteuer	—	4,2	—	0,4	—	—	—	4,6	
Einn.-u. Verg.-Geb.-Steuer	—	1,5	0,2	—	0,3	—	—	2,0	
Andere persönliche Steuern	—	1,9	0,7	6,2	1,0	—	—	9,8	
Nicht zu verteilende dir. St.	—	35,7	18,2	238,2	31,0	2,5	—	348,6	
Summe der dir. Steuern	—	584,0	49,1	557,2	282,6	31,0	57,0	1560,9	
II.									
Zölle	—	644,7	—	—	—	—	—	644,7	
III.									
Reißsteuer	—	—	—	3,4	—	—	—	3,4	
Schädelsteuer	—	—	6,8	—	9,6	0,07	—	16,47	
Salzsteuer	—	57,8	—	—	—	—	—	57,8	
Biersteuer	—	58,8	6,7	0,04	19,0	0,48	—	135,97	
Weinsteuer (auch Schaumw.)	—	5,1	6,8	—	—	—	—	11,7	
Brauereisteuer	—	120,7	—	—	—	—	—	120,7	
Zuckersteuer	—	132,4	—	—	—	—	—	132,4	
Zuckersteuer	—	23,8	—	—	—	—	—	23,8	
Sonstige Verbrauchssteuern	—	2,0	—	7,1	5,7	—	—	14,8	
Summe d. Verbrauchsabg.	—	329,7	77,8	0,04	30,1	5,2	—	522,84	
IV.									
Grundertrag	—	—	8,8	0,04	5,7	1,2	—	10,71	
sonstige Auwandsteuern	—	—	0,2	0,01	5,6	0,1	—	5,91	
Summe d. Auwandsteuern	—	—	4,0	0,05	11,3	1,3	—	16,65	
V.									
Haushaltsteuer vor Grunde.	—	20,4	—	37,5	0,8	—	—	58,0	
Stempelsteuern	—	134,6	65,3	—	—	—	—	199,9	
sonstige Verbrauchssteuern	—	—	—	2,9	0,6	—	—	3,5	
Summe d. Verbrauchssteuern	—	134,6	85,7	—	40,7	1,4	—	262,4	
Nicht verteilbare ind. Steuern	—	—	—	—	—	6,4	—	6,4	
VI.									
Erbsch.- u. Schenkungssteuer	—	26,3	18,6	—	0,15	—	—	45,05	
Summe (120,53 770,149,19 45,45 26,9 31,0 57,0) 3058,94	—	—	—	—	—	—	—	—	

II. Anteil der einzelnen Steuererträge in Prozent der Gesamtsteuererträge in Gruppen öffentlicher Körperhaften.

Steuertypen	St.	Bruttobetrag	Steuer-Gehalt	Gehalt mit mehr als 10 000 Einwohnern	Gehalt mit weniger als 10 000 Einwohnern	Gehalt mit mehr als 10 000 Einwohnern	Gehalt mit weniger als 10 000 Einwohnern	Zusammenfassung	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
<tbl_info cols="1

Es ergeben sich	Steuern	Gebühren	Verbrauchssteuer	Summe	Zo	Gebühren	auf
Deutschland (1908) . . .	1504	45	262	1811	1190		
Frankreich (1908) . . .	907	211	462	1580	1669		
England (1907) . . .	2014	382	308	2704	1403		
Italien (1907) . . .	621	32	190	843	804		
Österreich (ohne Kommunal-	268	25	130	423	642		
steuer) (1907) . . .							
Vereinigte Staaten von Amerika	3301	—	815	3616	2503		

Das gleiche Verhältnis pro Kopf berechnet ergibt:
Es betrugen die Besitzt. die Verbrauchsst.
auf den Kopf der Bevölkerung in Mark

in Deutschland (1907) . . .	29,17	19,00
" Frankreich (1908) . . .	40,10	42,60
" England (1905) . . .	61,80	34,00
" Italien (1907) . . .	24,40	23,60
" den Verein. Staaten (1907)	50,40	30,40

Nach diesen Vergleichen ist sowohl die Steuerlast in Deutschland insgesamt wie auch die Verteilung nach dem Charakter derselben mit am günstigsten. Allerdings sind in diesen Ziffern die neuen Steuern für Deutschland nicht enthalten. Das verschlägt im allgemeinen jedoch nichts, da auch in fast allen anderen Staaten entweder seit der Zeit neue Steuern beschlossen oder in Vorbereitung sind. Jedes Land wählt natürlich die Steuern, die es für seine Bevölkerung und seine Volkswirtschaft am zweckentsprechendsten findet. Aber in allen Ländern findet man eine Mischung von indirekten und direkten, von Besitz- und Verbrauchssteuern. Auch die sozialdemokratischen Steuerreformer, wie Kraus, müssten zugeben, daß die Ausbringung der Steuern ohne jede indirekten Steuern nicht so leicht ist. In seinem Buche "Am Tage nach der sozialen Revolution" schreibt er über die von den im sozialdemokratischen Programm geforderten progressiven Einkommens-, Vermögens- und Gewerbesteuern, daß man in diesen Steuern über ein gewisses Maß nicht hinausgehen kann, selbst wenn man die Sozialdemokratie die politische Macht dazu hätte. (Seite 12, 13.)

Auch die jetzige im Reiche verabschiedete Finanzreform stellt ein Gemisch von Besitzsteuern und indirekten Verbrauchssteuern dar. Es sind bewilligt worden:

a) Besitzsteuern	
1. Umlaufs. bzw. Wertzuwachssteuer für den Grundbesitz, darunter der Grundsteuerzettel, auf unveräußerlichen Grundbesitz	40 Millionen
2. Aus Schatz. Limitungen über Bankgutekosten und Betriebskosten	20 "
3. Aus Kurs- und Spekulationssteuerung	22,5 "
4. Aus den Finanzabgabenzetteln (Einkommen)	27,5 "
5. Aus der Erhöhung der Matrizensteuer	25 "
	135 "
b) Indirekte Verbrauchssteuern	
1. Pfeffersteuer	100 Millionen
2. Brumatesteuer	80 "
3. Tabaksteuer	45 "
4. Schuhsteuer	5 "
5. Salz- und Ziegelzoll	37 "
6. Schießsteuer	20 "
7. Gütersteuer	23 "
	310

Die Meinungen über die beschlossenen Steuern und ihre gerechtigkeit sind geteilt. Zum Standpunkt der Arbeiter ist es lebhaft zu behaupten, daß einzelne Steuertypen beschlossen sind, die der Finanzreform ein böses Gesamtbild entziehen. Das ist vornehmlich der Kassezoll, der einen Gegenstand betrifft, welcher für den Arbeitervolksschatz ebenso wie für alle anderen Arbeitervolksschätze gemeinsam ist. Auch die Erhöhung der Tabaksteuer ist mit Rücksicht auf die Wirkung, die sie auf die Industriearbeiter ausübt, recht ungemein. Wir wollen uns an dieser Stelle einer weiteren Verteilung der einzelnen Steuern enthalten, schon aus dem Grunde, um nicht den Verdacht entstehen zu lassen, daß die christlichen Gewerkschaften aus Rücksicht auf bestimmte Parteien Stellung nehmen. Die Finanzreform im Reiche ist leider zu einem schweren Kampf unter den bürgerlichen Parteien geworden. Während im wenigsten Lande zeigt sich die bürgerlichen Parteien bei der Bevölkerungsreform und der Steuerreform schließlich einigen durch einen Kompromiß und daher den politischen Kampf bis Ende abzubrechen, wurde die Finanzreform im Reiche gewissermaßen zu einer politischen Kompromiß unter den bürgerlichen Parteien. Sie untersagen nun, wo die Schuld an diesem Zustande liegt, sondern konstatieren die Tatsache, daß durch diese Bewegung der sozialdemokratischen Bewegung jetzt in die Hände geraten ist. Die Steuern müssen gemacht werden. Darüber liegen wir nicht den geringsten Zweifel. Ob sie von dieser oder jener Partei geprägt gemacht werden, am besten wäre es dann, um zusammen, ein gerechtes Verhältnis zwischen Besitzer und Verbrauchssteuer zu finden. Wir meinen, eine solche Einigung hätte sich bei ehrlichen Männer machen lassen. Daß es nicht geschehen ist, ist nur bedauerlich.

Die Sozialdemokratie spricht die Meinungen der bürgerlichen Parteien, wie aus der Finanzreform heraus eine Meinung gegen die christliche Arbeitersbewegung zu hören. Sie hätte damit auch zwecklos Friede gehabt, wenn nicht andere christliche Arbeiters und ihre früher durch jahrelange Kämpfe gegen die Sozialdemokratie gewonnen und geschafft worden wären. Es ist aber nicht zu verkennen, daß jene Partei der bürgerlichen Partei bei ihrem Kampf gegen die Sozialdemokratie zugute kam, in verdecktem Weise der Sozialdemokratie. Jünger als dem liberalen Lager in die Knie gebracht hat. Das ist für die christliche Arbeitersbewegung nicht gleichgültig. Die Sozialdemokratie ist nun etwas mehr geprägte grundsätzliche Gegnerin, und sie wird in Zukunft dies erzielen, was sie ja zu beginnen durch die Arbeitersbewegung an ihr Mann zu bringen

Es kann aber auch selbst der radikalsten bürgerlichen Partei nicht gleichgültig sein, ob die einzige, namhafte, vormärktsstrebende bürgerliche Arbeiterbewegung — und das sind die im christlich-nationalen Arbeiterkongress vereinigten Organisationen — geschwächt wird oder nicht. Es sei denn, daß man in jenen Kreisen der christlichen Weltanschauung ebenso feindselig gegenübersteht, wie es die Sozialdemokratie tut.

In einem Teil der bürgerlichen Presse hat man sich darüber beschwert, daß Sekretäre und führende Beamte der christlichen Gewerkschaftsbewegung in politischen Versammlungen über die Finanzreform redeten, sie seien darin eine Verleugnung der politischen Neutralität. Sehr mit Unrecht. Erstmal können und wollen die christlichen Gewerkschaften ihren Mitgliedern die partei-politische Tätigkeit in den ihnen zugehörigen bürgerlichen Parteien auf keinen Fall erschweren oder unterbinden. Andernfalls würden sie jedoch, daß diese Tätigkeit sich in gewissen Grenzen hält. Unsere Beamten sollen auch den Schein vermeiden, als wollten sie ihr gewerbliches Amt zugunsten der einen oder anderen Partei benutzen. Bei der jetzigen Finanzreform war aber diese Auflklärungsarbeit geradezu eine Notwendigkeit geworden. Die beispiellose Hebe der sozialdemokratischen Presse hat uns gezwungen, in dieser Steuerfrage mehr hervorzutreten, als dies unter anderen Umständen nötig gewesen wäre. Ihr gegenüber sind wir verpflichtet, unsere Anhänger über den wahren Zusammenhang der Dinge aufzuklären, und wenn diese Aufklärungsarbeit im positiven Sinne erfolgt, so nicht deshalb, weil wir dadurch diejenigen Parteien, die bei der Erledigung der Finanzreform verfangen haben, bekämpfen wollen, sondern weil die Steuerfrage an sich dies erforderte. Oder wäre damit dem Staat und der bürgerlichen Gesellschaft ein Dienst erwiesen, wenn wir ruhig zusehen, wie unsere christlichen Arbeiter gegen den Staat und die Regierung, die wir gegen ihn haben, widersprüchlich verkehrt werden? Wenn irgend eine Klasse daran interessiert ist, daß Deutschland gute Finanzverhältnisse hat, so die Arbeitersklasse. Deutschlands Wirtschaftsleben hängt eng zusammen mit unserer Finanzkraft und unserem Ansehen, das wir in der Welt genießen. Was würden aber die Parteien sagen, die heute unsere Stellungnahme abschärflich kritisieren, wenn sie selbst positiv bei der Finanzreform mitgearbeitet und dann schließlich ihre Zustimmung gegeben hätten? Zweifellos würden sie dann unsere Auflklärungsaktivität freudig begrüßen. Warum denn jetzt nicht? Für die Terrassen und Lüneburg der bürgerlichen Parteien sind wir christliche Arbeiter nicht verantwortlich, und wir wollen es offen aussprechen, daß uns das Baterland und unser deutsches Volk und dessen Wohlergehen im letzten Grade höher steht, wie irgend ein parteidogmatischer Erfolg. Wenn wir einen Wunsch bei der Gelegenheit zum Ausdruck bringen dürfen, dann wäre es der, daß sich die bürgerlichen Parteien endlich auf sich selbst befreien wollten und bei aller Kritiktheit der Meinungen und der Partei-Standpunkte bei Erledigung großer nationalwirtschaftlicher Angaben, wie die Finanzreform eine war, den Boden der Verständigung jähren. Wenn aber die bürgerlichen Parteien diese Sicht nicht teilen, so wächst für uns die doppelte Pflicht, uns gegen die Verkehrung unserer Mitglieder zu wehren. Darauf werden wir uns durch feinerlei Kritik von rechts oder links abringen lassen.

Sozialdemokraten 8979, Gelbe 2259, S. D. 495, Polen 341. Gegenüber der letzten Wahl vom Jahre 1908 haben wir damals rund 1100 Stimmen weniger erhalten. Der Rückgang ist im wesentlichen auf die Tatsache zurückzuführen, daß der größte Teil der evangelischen Arbeiterschaft, der bei der letzten Wahl für unsere Liste stimmte, diesmal für die Gelben gestimmt hat, wie die Abstimmungen in einzelnen Bezirken recht deutlich beweisen. Hinzu kommt noch, daß bei dieser Wahl auch die Polen eine besondere Liste aufstellten, wodurch uns ebenfalls einige Hundert Stimmen verloren gegangen sind. Berücksichtigt man dann weiter noch die verdeckende Agitationsweise der "Genossen" durch das Einzelne der Finanzreform, so ist das Wahlergebnis erträglich. Bezeichnenderweise riefen sich der Hauptkampf der Gelben sowohl wie der Polen gegen die gleichermaßen verhachten Christlichen. Zweifellos sind weder die Gelben noch die Polen mit ihren Erfolgen zufrieden. Die Gelben geben an, annähernd 4000 Mitglieder zu haben und in ihren Wahlausfällen rückten sie sich nicht nur an diese, sondern auch vor allem an die gesamte unorganisierte Arbeiterschaft. Weiter hat es sich auch die Firma Krupp etwas kosten lassen. Am Tage der Wahl waren 150 Arbeiter beurlaubt, um sich in den einzelnen Wahllokalen für die gelbe Liste zu betätigen. Diesen wurde pro Mann 6 Mt. vergütet für den Wahlausfall, außerdem hatten dieselben freie Zeche. Einzelne dieser Unternehmensförsdolinge haben von der letzten Vergütung in so reichlichem Maße Gebrauch gemacht, daß sie schon in den ersten Abendstunden total benebelt von Plakat geschafft werden mußten. Außerdem hatte man von jener Seite fast sämtlichen Wahlern ein gelbes Flugblatt per Post zugeschickt. Daß die Gelben bei dem niedrigen Beitrag die Kosten hierfür nicht selber aufbringen konnten, versteht sich von selbst. Wenigen Geistesfänger einzelne der gelben Führer sind, möglicher nachstehender Gang beweisen: Vor einigen Wochen wurde schon an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß die Firma Krupp als erste Frucht der Gelben eine Altkreditreduzierung angekündigt und nun auch bereits durchgeführt hat; die Gelben nennen dieses in ihrem Flugblatt "Altkreditreduktion". Darauf wurde ein gewisser Herr Münzrat vorstellig, um diese "Altkreditreduzierung" gerade vor den Gewerberichtswahl zu inhibieren. Nachdem der selbe unverrichteter Sache wieder abziehen mußte, erklärte er wütend: "Meine Herren, ich habe aufgehört, ein Gelber zu sein." Nichtsdestoweniger fuhr dieser Mann am Tage der Wahl, jedenfalls auf Kosten der Firma, in der Drosche von einem Wahllokal zum anderen, um seine Gefürsteten gelber Couleur aufzumuntern und sie weiter mit Biermarken zu versiegen. Eine solche Gründlichkeit sucht denn doch wahrlich ihresgleichen. Solche es denn wirklich möglich sein, daß sich denkende Arbeiter von solchen Leuten auf die Dauer "führen" lassen? Wir glauben's kaum! — Der Wahlkampf der "Genossen" bewegte sich in Formen, wie sie niedriger wohl kaum irgendwo angetroffen werden. Den Obergenossen Oskar hatte es sich nicht nehmen lassen, in höchst eigener Person ein Flugblatt gegen die Christen zu schreiben. Dazu war unsererseits volle Schimpfsfreiheit eingräumt. Hierzu machte Oskar dann auch den ausgiebigsten Gebrauch, wie folgende Stichblüten beweisen: "gewissenlose Schablonen", "gemeinschaftliche Späße", "N.-Gladbach Gewerkschaftsaugen", "jesuitische Geldabzugskünste", "Zentrumsaugen", "Spaltung von Christen", usw. Diese "Entgelungen" waren "Witzeln dem Unentwegten" wohl noch zu vergegen, denn niemand kann aus seiner Haut heraus, daß derjenige, der die christlichen Gewerkschaftsangehörigen im "Reichsverbandsblatt" begeisterter übersteigt, denn doch der Gipfel der Unverantwortlichen. Es heißt nämlich an einer Stelle in dem Flugblatt: "In den N.-Gladbach Gitterkrippen lebt es sich ja so prächtig und gefährlich für die treibamen Zentrumsjünglinge, obendrein ist die Befreiung so angenehm, daß man sicher nicht daß geringste Bedürfnis empfindet, jemals seine Rolle mit sozialdemokratischen Angestellten zu vertauschen". Dabei weiß doch ein jeder, der mit den Verhältnissen in etwa vertraut ist, daß gerade mit Bezug auf das letztere ungelehrte ein Schuh draus wird. Nebenher wurde dann noch wie schon oben bemerkt, die Reichsfinanzreform in der verdeckten Weise gegen die christliche Arbeiterschaft ausgenutzt und dürfen wir deswegen unter Berücksichtigung aller dieser Umstände mit dem erzielten Resultat zufrieden sein. Dem vereinten Ansturm zweier gleich verschlagener Gegner ist es nicht gelungen uns wesentlichen Abbruch zu tun. Stelle alle Kollegen sich vor, ich ab in den Dienst der Sache, so wird es zweifellos ein leichtes sein, bei der nächsten Wahl in drei Jahren diese Scharte wieder auszuweichen. Die Bahn ist jetzt für uns frei, darum aus Kollegen zur Agitation, auf zur Macht!

Goch. Sind schon im allgemeinen am Niederrhein die Verhältnisse für die Agitationsarbeit ungünstig, so ist dieses in besonderem Maße in Goch der Fall. Große Opfer hat hier schon unser Verband für die Binselmacher gebracht und auch der Erfolg ist nicht ausgeblieben. Trotzdem bringt es eine große Anzahl der Berufsschüler heute fertig aus den geringfügigsten Ursachen aus der Organisation fern zu bleiben. Der eine erklärt: "Ja gewiß, die Organisation ist notwendig, aber die Anderen sind nicht mit und dann hat es auch für mich keinen Wert." Anderer erklären: "Wenn erst die Arbeiter im Belling'schen Betrieb sich organisiert, dann wollen auch wir nicht zurückziehen", während Andere sagen: "Erst müssen wir in den kleineren Betrieben die kleinen Löhne eingeführt werden wie im Belling'schen Betrieb, ebenso im Jansen'schen Betrieb dieselbe Arbeitszeit". Von jedem Einzelnen wird eine andere Ausrede gebraucht, um den eigenen Indifferenzismus zu beschönigen und auf Andere abzuwälzen. Dadurch durch den organisierten Kollegen die Streichung von Beleidigungen unmöglich gemacht wird, müssen sie doch selber einsiehen. In dem Belling'schen Betrieb scheinen es zwei Kollegen aus irgend welchen Ursachen sich zur Aufgabe gestellt zu haben, die organisierten Kollegen besonders zu bekämpfen. Ob die Kollegen Hendrichs und Böck glauben dadurch besondere Vorteile zu erzielen. Wer war es, der in diesem Frühjahr bei einer gewissen Gelegenheit der lauteste Rufen im Sitze war? Und heute geht der Verteidigende hier und bekämpft diejenigen, an welche er sich damals um Hüse gewandt hat. Erfreulicherweise haben jetzt in der letzten Zeit eine Anzahl Kollegen den Eindritt in die Organisation vollzogen und wollen mit den bisher Organisierten vereint, eifrig arbeiten, um die noch fernstehenden zu gewinnen, auch solche welche früher in leitender Stellung tätig waren und heute teilnahmslos und verzagt bei Seite stehen. Bei den Schreinern am Orte sieht es nur noch schwärmerisch aus. Für diese wäre es bejubelnd leicht, wirtschaftliche Vorteile erzielen zu können und dieses ist ja auch bei den ungewöhnlich niedrigen Löhnen dringend nötig. Und trotzdem eine solche, unbegrenzte Interessenlosigkeit. Sieht doch Goch mit den Löhnen für die Schreinergesellen um 50—80 Mg. pro Tag hinter den anderen niederrheinischen Orten Geltern, Leverkusen, Neuss, Emmerich, Wesel und Bochum zurück. Auch diese Kollegen gebrauchen die höchsten Ausreden. Die Schreiner der kirchlichen Kunsthandwerk Langenberg glauben nur die alten Kollegen herkömmen zu können, da sie doch

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen rufen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 50. Monatsbeitrag für die Zeit vom 5. bis 11. Dezember fällig ist.

Neue Beitragsmarken für das Jahr 1910. Mit dem ersten Januar nächsten Jahres gelangen für die männlichen Mitglieder neue Beitragsmarken zur Benutzung. Von den jetzigen 50 Pfennigs-Beitragsmarken dürfen über den 31. Dezember hinweg keine mehr verwendet werden. Die neuen Marken werden den Zahlstellen mit den Abrechnungsformularen für das 4. Quartal zugeleistet, während die noch vorhandenen alten Marken sofort nach Jahresende an die Geschäftsstelle in Köln zurückzuführen sind. Die Kollegen werden daher gebeten, für eine pünktliche Begleichung ihrer Verbandsbeiträge zu sorgen.

Das Mitgliedsbuch Nr. 35550 auf den Namen Franz Xaver Kretz kommt, ist verloren gegangen und wurde für ungültig erklärt.

Die zweite Ratenzahlung ist fällig und wollen die Zahlensäulen für deren Einwendung Sorge tragen.

Lohnbewegung.

Die Differenzierungen haben bei einer Lohnbewegung der Zeitschrift eine Woche vor Schlußzeitpunkt einen Bericht über den Stand der Bewegung eingezogen.

Der Zugang ist verschlossen.

Edelmetalle und Metallarbeiter: Delitzsch, Höhne & W. Selsheim i. Z. — — — — —

Berichte aus den Zahlstellen.

Erlaut. am 1. Dezember wurde hier die Gewerbegegenstimmung gezeigt. Nicht weniger als 5 Berufszweigen waren zu dieser Zeit eingetragen. Von 2840 eingetragenen Wählern haben 2014 für die Sozialdemokratie gestimmt. Die abgesonderten Stimmen verteilen sich auf die einzelnen Parteien wie folgt: Sozialdem.

der Kanzlei beschäftigt sind und 3,50 M. täglich verdienen, wovon sonst im Durchschnitt nur 3,20 M. gezahlt wird. Dieser Verband, in der nur einige Stunden enthalten Nacharbeit Clevs schon vor 3 Jahren einen Durchschnittslohn von 3 M. pro Tag errungen hat, fört weder die einen noch die Anderen, das durch eine beträchtliche Interessenlosigkeit alle Beteiligten leidet lassen; ist selbstverständlich. Man nehme sich doch an den gut organisierten Tabakarbeiter ein Beispiel. Diese verdienen ebenfalls mehr, wie die Schreiner, manche ungeliebte Arbeiter am Ende verlieren. Hinsichtlich bleiben djenigen Kollegen, welche sich in letzter Versammlung von den Werkstätten nach Stoo und anderen aufnehmen ließen, nicht lange allein, damit baldigst die eingang notwendige Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse vorgenommen werden kann. Die organisierten Kollegen aber werden gebeten, unermüdlich weiter zu arbeiten, in die noch fernstehenden zu gewinnen. Auch ist ein vollzähliger Besuch der Mitgliederversammlungen notwendig und zu diesen müssen die unorganisierten Kollegen mitgebracht werden. Euer sehr ehrlicher voll und ganz. Nächste Versammlung Sonnabendmorgen (12./12.) 11 Uhr bei Knops, Mühlenstraße. Referent Kollege Ramann, Duisburg-Hamborn.

Regensburg. Es sind nun bereits 10 Jahre vergangen, seit die Zahlstelle Regensburg des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands gegründet wurde. Am 1. November 1899 war dieselbe ins Leben. Bei der zehnjährigen Wiederkehr des Tages ließen es sich die Mitglieder der Zahlstelle nicht nehmen, eine kleine Feier zu veranstalten. Zu dieser waren die Kollegen mit ihren Familienangehörigen recht zahlreich erschienen. Auch die Zahlstelle Schwandorf war vertreten. Als Guest war u. a. der Herr Dr. Förstl anwesend. Nachdem das Orchester durch Vorzug einiger Konzertstücke zur Erhebung der Feststimmung beigegeben, hielt der Zahlstellenvorstand, Kollege Neßger, die Festansprache. Nach der Begrüßung der Festgäste verbreitete sich jedner über den Werdegang unseres Verbandes. Von der Zahlstelle Regensburg schilderte der Redner das Entstehen. Nur 18 Kollegen waren es, die bei der Gründung sich zur Aufnahme bewerben. Erstdem haben es die wenigen Kollegen durch intensive Arbeit und durch aufklärende Wirken fertig gebracht, daß die Zahlstelle heute 105 Mitglieder zählt. Gewiß ein schöner Erfolg, wenn man bedenkt, mit welcher Hebe und mit welchem Karzinismus von Seiten der Sozialdemokraten gegen unsere Zahlstelle vorgegangen wurde. Aber auch an Opferzinn haben die Kollegen Regensburgs den übrigen Zahlstellen nicht nachgestanden. Sie erheben sie schon seit Jahren einen Lokalbeitrag. Deshalb hoffen sie heute auch auf eine starke Lokalkasse rechnen, welche ihnen die Gewähr bietet, ruhig den, was in der Zukunft auch kommen mag, entgegen sehen zu können. Auch auf dem Gebiete sozialen Aufklärung wurde von der Zahlstelle manches geleistet. Zum Schlusse bemerkte Redner noch, daß von den Gründungsmitgliedern heute noch 14 in unserer Mitte sich befinden; diesen dankt er für ihre Tat, die sie durch die Gründung der Zahlstelle für das Wohl der Holzarbeiter Regensburgs vertracht haben und ermunterte sie zu neuer inkratiger Mitarbeit. Der Herr Dr. Förstl richtete noch ermunternde Worte an die Anwesenden; er hob hervor, daß es in unserer Zeit besonders notwendig sei, daß auch die Frau am Verbandsleben teilnehme, sie sollte vereint mit dem Manne für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpfen, um dadurch der Familie ein besseres Auskommen zu verschaffen. Zum Namen der Gründungsmitglieder dankte Kollege Walter für die Ehrengabe, die ihm zuteil wurde, und versprach er in ihrem Namen, auch in Zukunft treu und fest zum Verbande zu helfen. Kollege Spitzer aus Schwandorf batte für die Einladung, die ihnen zuteil wurde und der sie keine Folge geleistet hätten. Herr Mepl trug durch seine schönen Solo-Gesangsvorträge zur Verstärkung des Abends bei; auch die Vorträge einzelner Kollegen wurden mit großem Beifall aufgenommen. So haben wir denn das Gedanken der 10. Wiederkehr des Gründungstages der Zahlstelle Regensburg nicht bloß in fröhlicher Stimmung, sondern auch in ernsten Betrachtungen auf dessen, was seit Bestehen der Zahlstelle für die Holzarbeiterfamilie geleistet wurde, begangen. Wir haben das Versprechen gegeben, auch in Zukunft mit dazu beizutragen, daß der Zentralverband christlicher Holzarbeiter Deutschlands blühe und gedeihe zu Nutzen unserer Kollegen, zum Trage unserer Gegner.

Drechsler.

Schölanke. Überall im Verbande bricht der Sektionsgedanke hervor. Voran bei den Stellmachern. Aber auch in anderen Sektionen herrscht reges Leben. Nur von unserem Berufe hört man nichts. Wollen die Kollegen nicht vertrauen, daß auch Drechsler in unserem Verbande organisiert sind? Berufskollegen, dies muß anders werden. Auch wir müssen das Verbandsorgan als Sprachrohr der Kollegen in Ost und West, in Süden und Nord benutzen. Gerade durch die Aussprache im Verbandsorgan können wir das erreichen, was andere Berufe schon längst haben. Das wir nicht länger so im Stumpfmaim dahin leben können, haben unsere Schölanke Kollegen am besten erfahren. Am Sonnabend, den 27. November, hatten wir unsere Kollegen zu einer Versprechung zwecks Gründung einer Sektion der Drechsler und Rundpolierer eingeladen. Es war auch ein großer Teil der Kollegen erschienen, auch einige indifferenten. Nachdem unser Bezirksvorstand, Kollege Stolz, die Notwendigkeit der Sektion innerhalb unseres Verbandes dargelegt hatte, erfolgte eine ergiebige Aussprache, in der die Notwendigkeit der Sektion voll anerkannt wurde. Es kamen auch eine Reihe von Rücksichten zur Sprache, die deingend der Abhilfe verlangen. Z. B. wird bei der Firma Steinbagen & Hirselhorn den Rundpolierern für eine 5-teilige Spindstühle, wenn sie dieselbe vorher mit Politur versehen, sage und schreibe 7 Flg. gezahlt. Die Drechsler bekommen für eine Säule 16 $\frac{1}{2}$ Flg. Man könnte die Zahl der Beispiele noch beliebig vermehren. Auch die Firma Leon, wo erst vor 3 Wochen die Bewegung der Rundpolierer mit Erfolg beginnt, scheint mit allerlei Schilderan den jüngster Kollegen ihren Willen zu zeigen. — Nachdem sich noch ein Kollege in den Verband aufnehmen ließ, wurde der Vorstand der Sektion gewählt. Zum Sektionsleiter wurde Kollege Warnek, zum Schriftführer Kollege Schrank, zum Beisitzer Kollege Lacramore geküllt. Beschlossen wurde noch, jeden Monat eine Sektionsversammlung abzuhalten. Rächste Versammlung Sonnabend den 11. Dezember, in welcher unser Sektionsleiter einen Vortrag halten wird über „die Lage im deutschen Drechslergewerbe und unser Verband.“ Kollegen! Wie uns wird es jetzt liegen, die junge Sektion auszubreiten und zu stärken. Wenn jeder Kollege eine Pflicht ist, dann können wir ruhig der kommenden Zeit entgegensehen. Darauf zu neuer Arbeit, zu neuer Begeisterung!

Adressenveränderungen.

Offenbach. B. Wilhelm Spahn, Kaiserstraße 4
Bodum. V. Herren, Schürm, Kotzenbüll 7.

Gewerkschaftliches.

Pfat Tousset! Als im Jahre 1904 das anonyme Flugblatt erschien, welches den Vorsitzenden des Gewerkschaftschristlicher Bergarbeiter Brust in den verleumderischen Verdacht setzte, er sei mit 30.000 M. von den Beamtenbezirken bestochen worden, trug bald kein soziald. Blatt eine höhere moralische Entrüstung über das Schwadflugblatt zur Schau, als die in Köln erscheinende „Rheinische Zeitung“. Das Blatt machte sich damals (Nr. 210/1904) mit bezug auf den Herausgeber des Magazins, die Neuerungen der soziald. „Arb.-Ztg.“ zu eigen: „es liege nicht im Wesen der modernen Arbeiterbewegung“ solch schmäßliche Kampfeweise gut zu heißen.“ Dann hieß es weiter „die Essener Gewerkschafts- und Parteileitung stände dieser schmäßigen Kampfeweise vollständig fern.“ Weiter redete das Blatt von der „ordinären Kampfeweise des anonymen Flugblattes“ von dem die Rentschspresse noch Mitt hätte, zu behaupten, es handele sich um einen lumpigen sozialdemokratischen Schwindel. Ferner bezeichnete die „Rheinische Zeitung“ die Behauptungen des fraglichen Flugblattes als solche recht niedriger Natur. „Den, oder die Veranlasser desselben wird man gewiß aus dem Kreis der anständigen Menschen ausschließen.“ Die Sozialdemokratie würde sich keinen Augenblick besinnen, den oder die Täter hinauszurummeln, sofern die Untersuchung ergeben sollte, „daß er in unseren Reihen steht.“ Zuletzt wird gesagt in dem Artikel, es sei nicht ausgeschlossen, „daß irgend ein frommer Christ“ die Sache veranlaßt hätte.

Man lese das, was hier die „Rheinische Zeitung“ schrieb, noch einmal gründlich nach. Die zur Schau gestellte Entrüstung ist kaum noch zu übertreffen. Und nun beachte man, daß der schuldige Verbreiter des Flugblattes, der Beamte des soziald. Bergarbeiterverbandes Götte am Gericht unter Eid aussagte, daß Schutzflugblatt sei gedruckt worden bei der — „Rheinischen Zeitung“. — Sollten wir zu einer sochen Handlungswise noch etwas bemerken?

Tapeziererverein und Tapeziererverband. Vor ungefähr 4 Jahren wurde in Münster i. W. eine Vereinigung der Tapezierergesellen unter dem Namen Tapeziererverein gegründet. Zweck der Gründung war Pflege der Kollegialität und Geselligkeit, Beprüfung von Berufsfragen usw. Selbstverständlich sollte sich das ganze Vereinsleben unter Ausschaltung politischer, gewerkschaftlicher und religiöser Streitfragen vollziehen. In der neuesten Nummer 43 des Correspondenzblattes des soziald. Tapeziererverbandes lesen wir über diesen Verein nun in einem Versammlungsberichte der Verbandsortsgruppe Münster das folgende:

Kollege Krauß gab bekannt, daß die letzten Mitglieder des hiesigen Tapeziervereins ihre Vereinszulässigkeiten (Verstand war keiner vorhanden) bestehend aus Schrank u. dgl. im Betriebe von 60—70 M. unserer Ortsverwaltung überwiesen haben, welches dankend angenommen wurde. Hiermit hat nach 4½-jährigen Besitz der Tapeziererverein seine Rolle als Berufsorganisation beendet. Es wäre aber falsch, den nun ad acta gelegten Tapezierverein mit anderen Lokalvereinen in einen Topf zu werfen, denn wo andere Lokalvereine ihr Bestreben darin liegen, den Verband zu schwächen, war dieser von vornherein bestrebt, mit dem Verband gemeinsam zu arbeiten, und sein Vermächtnis hat gezeigt, daß er diesem Bestreben bis zum Schlusse treu geblieben ist. Die Existenznotwendigkeit dieses Vereins war nur in den örtlichen Verhältnissen zu suchen, was auch freis von der Ortsverwaltung anerkannt wurde.

In letzterem Sache kommt klar genug zum Ausdruck, weshalb der Lokalverein ins Leben trat. Seine Gründer waren soziald. Gewerkschafter, die in der Agitation für ihren Verband auf dem „steinigen Boden“ Münsters nichts erreichten. So mußte ein lokaler „Pfeifenklub“ die Tapezierergesellen sammeln. Nachdem in diesen 4½ Jahren die Ausführungsarbeit in sozialdemokratischem Sinne betrieben werden konnte, hat er seine Mission erfüllt. Er ist überflüssig geworden, weil seine Mitglieder heute alle „frei“-gewerkschaftlich organisiert sind. Der ganze Vorgang ist ein Beispiel dafür, mit welchen Mitteln und welcher Ausdauer soziald. Gewerkschafter auf schwierigen Posten für ihre Bewegung arbeiten. Vielen unserer Kollegen zur Lehre.

Der Vertragsentwurf der Bauunternehmer, der bei den schon stattgefundenen, aber resultatlos abgebrochenen Tarifverhandlungen als Vorlage diente, ist in seiner Art geeignet, den härtesten Widerstand der Bauarbeiter herauszufordern. Beharren die Arbeitgeber auf ihren Forderungen, so ist ein Kampf im kommenden Frühjahr unvermeidlich. Fast alle bisherigen Paragraphen des Vertragsmusters sind verschärft und in ihren materiellen Bestimmungen verschlechtert worden. Bei der Bemessung der Löhne spielt die Bezeichnung „tüchtige Arbeiter“ wieder eine große Rolle, je nach Wunsch der Arbeitgeber sollen Einheits-, Durchschnitts- oder Staffeldhöhe festgelegt werden. Die Arbeitszeit soll nicht unter 10 Stunden betragen; wo sie bereits kürzer ist, darf eine weitere Verkürzung nicht eintreten. In den Wintermonaten hingegen wollen die Unternehmer das Recht haben, die Arbeitszeit beliebig zu verlängern. BzL der Altkordarbeit sollen sich die Arbeitgeberorganisationen aller hindernen Einflüsse enthalten. Die Vertragsdauer soll 5 Jahre betragen und zwar bis 31. März 1915. Das ein Vertrag auf dieser Grundlage zu stande kommt, daran ist wohl sehr zu zweifeln. Die Arbeiter werden auch ein Wörtchen mitreden.

Kleine Notizen aus Bayern. In letzter Zeit durchläuft die sozialdemokratische Presse eine Notiz, wonach die christliche Arbeiterbewegung allein in München einen so heftigen Rückschlag erlitten hätte, daß zwei Sekretäre entlassen werden müssten. An dieser Behauptung ist natürlich kein wahres Wort, was davon hervorgeht, daß am 1. Januar 1910 das Präsidium der christlichen Gewerkschaften München einen Kartellbeamten anstellt. Aus der Wahl für diesen Posten ist unser langjähriges Mitglied und derzeitiger Kartellvorsitzender Schäfnage in Hannover hervorgegangen. Zur Zusammenhang mit dieser Schwundnotiz bringt das Hamburger Sozialblatt sogar die Behauptung, die christlichen Gewerkschaften hätten überhaupt um 200.000 Mitglieder abgenommen, dabei hat die Mitgliederzahl der christl. Gewerkschaften nicht ab, sondern zunommen. Nach dieser unglaublichen Leistung muß man zu der Annahme gelangen, daß ein

Teil der Sozialführer und Zeitungsschreiber zur Zeit von einer Eigentumsfeindschaft stehen.

Zu diesem Kapitel gehört auch ein Artikel der „Holzarbeiter-Zeitung“, in der über die christlichen Gewerkschaften Münchens berichtet wird und das läbliche Bestreben jüngst trifft, die letzteren gegenüber der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung gehörig herunter zu setzen. Solche Mittel versuchen jedoch nicht, weil man weiß, daß sie nur dazu dienen sollen, die Gewalt- und Parteiwirtschaft in der Münchener Ortskrankenkasse zu verdecken. Bei den vorletzten Wahlen zur Ortskrankenkasse haben die nichtsozialdemokratischen Mitglieder über 9000, die Genossen mit 12 und knapp 1600 Stimmen ausgebracht. Trotz dieser großen Minorität herrschen dort die Sozi noch allein. Diese Tatsachen besagen mehr als die längsten Artikel der „Holzarbeiter-Zeitung“.

Ein beliebter Gegenstand sozialdemokratischer Bekämpfung sind auch die aus der christlichen Arbeiterbewegung hervorgegangenen Abgeordneten des bayerischen Landtags. Weniger durch Sprichwörter und endloses Streitzeiten zeichnen sich diese Kollegen aus, als vielmehr durch ihre ruhige, aber praktische Mitarbeit an der Gesetzgebung. Und nur ein Eingeweihter kann einigermaßen ermessen, wieviel gerade durch die Mühe unserer Kollegen für die Arbeiter erreicht wurde. Gerade letztere Tatsache dürfte es sein, die die rote Presse und die Führer veranlaßt, gegen die Abgeordneten eine beständige verlogene Hetze zu treiben und sie des Arbeitervertrags zu beschuldigen. Als in Nürnberg anlässlich eines Streits infolge des Verhaltens des soziald. Nürnberger Organs Standalone, die ganze Arbeiterbewegung herabsehende Vorgänge sich abspielten, wurde von zwei Parteien dieserhalb eine Interpellation im Landtag eingeführt. Bei dieser Gelegenheit legten unsere Kollegen ihren Standpunkt klar, indem sie die Ausschreitungen, bei denen ein Menschleben umkam, bedauerten und das terroristische Gebaren der Sozialdemokraten im allgemeinen verurteilten. Sämtliche Vertreter unsererseits haben ausdrücklich das Koalitionstreit als unantastbar erklärt, aber auch das Verhalten der Arbeitgeber und der Streitbrecher schuft gerügt. Unsere Kollegen wollten dadurch das Ansehen der Arbeiterbewegung wieder erhöhen, das durch das sozialdemokratische Vorgehen in weiten Kreisen herabgesetzt wurde. Hierfür werden sie aber nach bekannter Manier angepöbelt und ihre Ehre wird von der soziald. Presse in den Rot gezogen. Von den Machern der Bewegung auf roter Seite ist bezgl. Objektivität und Anstand kaum etwas zu erwarten, weshalb sie in der Polemik auch nicht mehr ernst genommen werden können.

Einiges ist noch über die Schreibweise des Gaulitz 1913 Stein-Nürnberg zu sagen, der sich durch eine Notiz unseres Organs betroffen fühlt. Seine Rechtfertigung wegen des Verhaltens in Lauf will er mit einigen Verdächtigungen des Kollegen Schwarzer abtu. Die Zahl der Mitglieder wird wie gewöhnlich verkleinert; dann wird behauptet Schwarzer hätte hinter dem Rücken des Gauleiters einen Vertrag abgeschlossen. Mit andern Worten heißt das, wir hätten selbständig einen Vertrag abgeschlossen, nachdem der Gauleiter im Bewußtsein seiner Macht jede Minorität zu unterdrücken suchte. Zu solchem Vergehen besteht für Stein umso weniger Verantwortung, als in seinem Gebiet sich soziald. Zahlstellen befinden, die unserer gegenüber in bedeutender Minorität sich befinden, aber noch niemals so prächtig behandelt wurden. Wir erinnern nur an Neuengen und Lichtenfels. Wenn allerdings im ersten Drittel sich Stein um seine Leute und die Bewegung nicht kümmert, dann können wir auch nichts dafür, daß er bei dem Abschluß nicht dabei ist. Daß wir uns die Genossen aneignen würden, entspricht nicht den Tatsachen. Vielmehr ist es schon umgekehrt der Fall gewesen. Z. B. rühmte sich Stein vor Arbeitgebern, ähnlich der Nürnberger Bewegung, daß sie in Neuengen für bessere Entlohnung gefordert hätten! Doch das sind Kleinigkeiten. Das Bedauern ist bei solchen Lohnbewegungen, daß die Kollegen beiderseits unnötig sich beschulen, anstatt dem Arbeitgeber gegenüber Geschlossenheit zu zeigen.

Einer, dem die „Felle davon geschwommen“ sind, stimmt in der „Holzarbeiter-Zeitung“ Nr. 48 ebenfalls ein Klageleid über unsere Zahlstelle Cham an. Es ist begreiflich! In Cham haben die Sozi jeden Kredit verloren, da sie trotz mehr als 10 jährigen Bestehens für die Arbeiter wenig oder nichts getan haben. Denzusorge schlossen sich die Kollegen den christlichen Verbänden an und nun lassen sie sich trotz der größten Anstrengungen der ehemaligen Führer nicht auf den soziald. Leinen locken. Aus Aberg darüber läßt sich der Zeitungsschreiber wieder einmal das Geständnis abnötigen, daß die Arbeitgeber doch heute keinen Unterschied zwischen den christlichen und „freien“ machen. Das stimmt. Warum machen denn die „Genossen“ einen Unterschied und bekaufen uns selbst bei Lohnbewegungen? (Siehe Lauf!) Weiter wird gesagt „Die Verhältnisse zwingen den christlich-organisierten Arbeiter ebenso wie uns die Verbesserung unserer Felle davon geschwommen“! Dann wird weiter erklärt, daß die christlichen ebenso behandelt und ausgesperrt würden wie sie. „Es trennt uns also denn noch in den Werkstätten!“ — Hat die freundliche Einladung „durch's rote Meer“ zu ziehen, werden sich unsere Kollegen bedauern! Sie wissen, wenn sie ihre bisherigen Erfolge zu verdanken haben und wollen deshalb auch von den nur großen Sprüchen machen den „Genossen“ nichts wissen. Das mögen sich die Herren merken.

Der Verband christlicher Tabak- und Zigarrenarbeiter konnte am 19. Nov. d. J. auf eine zehnjährige Wirksamkeit zurückblicken. 40 Deligierte aus 9 niederrheinischen Orten, die von 349 ihrer Kollegen beauftragt waren, beschlossen vor 10 Jahren die Gründung des Verbandes. Die Schwierigkeiten, die die Organisation der Tabakarbeiter zu überwinden hatte, waren wirklich nicht gering. Wir brauchten nur an den diesjährigen Kampf um die Tabakstaler zu erinnern, der deutlich genug zeigte, mit welchen Widerständen gerechnet werden musste. Trotzdem hat sich der Verband gut entwickelt. Im letzten Jahre hatte er eine Einnahme von 70.513 M. Der Kassenbestand der Hauptkasse bezifferte sich am Jahresende auf 51.211 M. Eine 12-seitige, sehr leserleichte Festschrift, die ansässlich des 10jährigen Bestehens herausgegeben wurde, schildert in anschaulicher Weise den Verlauf und die Bestrebungen des Verbandes. Es ist mir zu wünschen, daß der Verband christlicher Tabakarbeiter, dessen Tätigkeit der Vertretung der Interessen einer der schlechtesten entlohnten Arbeiterschichten gilt, unter den noch zahlreich vorhandenen unorganisierten Arbeitern einen immer größeren Anhang findet.

Ein Kassenwart. Der sozialdemokratische Parteisekretär Bräger in Mainz hatte der Käferverbandskasse 1880 Mark und der sozialdemokratischen Partei 262 Mark unterschlagen. Die Staatskammer verurteilte ihn zu sechs Monaten Gefängnis.

Soziale Rundschau.

Der sozialdemokratische Schnapsboykott treibt die wunderlichsten Blüten. Nachdem manch „zielbewusstem Ge- nossen“ die Enttäuschung so schwer fällt, erscheint aus dem Parteibüro eine Erklärung, die allen Sünden wider den Boykott schon im voraus die Absolution gibt. Den Schnaps trinkern soll nichts passieren, da der Leipziger Boykottbeschluss weniger ein Beschluss als eine Unregung gewesen sei. Die „Genossen“ finden den Schnaps indes anregender als den Leipziger Beschluss und konsumieren weiter. In den soziald. Gewerkschafts- und Volkshäusern wird das „edle Nass der Junker“ immer noch verzapft, und schwer fallen all diejenigen auf, die den Genuss des Fusels befürchtet wissen wollen. — Wie im übrigen die soziald. Parteipresse gegen die schädlichen Folgen des Alkoholkonsums wirkt, zeigt folgendes Exzerpt der „Königsberger Volkszeitung“ vom 24. Nov. 1909:

Auf zur Wahl! Trinkt keinen Schnaps, aber deko mehr Bier. Schönbächer, Bonnher (hell und dunkel) à Flasche 10 Pg. Grüner Posten billiger. Sämtliche Biere, Limonaden und Seltzer zu den billigsten Preisen liefert frei Haus Hermann Leidig, Bier-Großhandlung, Steinammet Kirchenplatz 4 und Heinrichstraße 15.

Da wäre es doch schließlich richtiger gewesen, der Leipziger Partei hätte sich für den Boykott jeglichen Alkohols erklart. So hätten die „freien“ Gast- und Schankwirte wenigstens die Parole ausspielen können: „Kinder, meidet den Alkohol, in Bier und Schnaps liegt euer Wohl.“ Nun, auch ohne die Parole der Parteidüster wird der Schnaps genoßen zur Freude des „Lodendeines Junker“, der übrigens nicht Boykottandrohung, sondern die Tat fürchtet.

Deutschlands Industrie und Arbeiterschaft 1908. Über die Zahl der in den einzelnen Bundesstaaten und im Reich der Gewerbeaufsicht unternehmenden Fabriken und der diesen gleichgestellten Anlagen sowie die Zahl der in diesen Fabriken u. m. beschäftigten Arbeiter im Jahre 1908 bringt das eben erschienene Oktoberheft des Reichsarbeitsblattes auf Grund der jetzt sämtlich vorliegenden Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten eine Übersicht. Danach betrug die Gesamtzahl der Fabriken und der diesen gleichgestellten Anlagen im Jahre 1908 259 617 (im Vorjahr 250 724). In diesen Fabriken u. m. waren im ganzen 6 122 416 (6 128 319), d. h. etwa 5 900 Arbeiter weniger als im Jahre 1907 beschäftigt; unter den Arbeitern waren 4 520 066 (4 533 518) erwachsene männliche Arbeiter, 1 150 033 (1 145 535) Arbeiterinnen über 16 Jahre, 440 255 (436 182) junge Leute von 14 bis 16 Jahren, endlich 1 2062 (1 3654) Kinder unter 14 Jahren, und zwar 6 677 männliche und 5 385 weibliche. Revidiert wurden 135 330 (137 33) Fabriken u. m., daß sind 52,1 Proz. (52,1 Proz.) männlicher Fabriken u. m., in den revidierten Fabriken waren 5 48 051 (5 036 133) Arbeiter beschäftigt, daß sind 82,3 Prozent (82,3 Prozent) männlicher Arbeiter. Zu widerhandlungen gegen Greise und Betrügereien betreffend die Beschäftigung von jugendlichen Arbeitern wurden im Jahre 1908 in 15 099 (15 753) Anlagen ermittelt, daß sind 9,6 Prozent (10,6 Prozent) der revidierten Anlagen; die Zahl der wegen Unzulässigkeiten bestraften Personen betrug 1 597 (1 57). Unter den Zuwiderhandlungen stehen wiederum die gegen Bestimmungen betreffend Anzeigen, Verzeichnisse, Aushänge usw. 8732 (9418) an erster Stelle. Ihnen folgen 625 (732) Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen betreffend die Arbeitsschäfer. In weiteren 222 Anlagen folgen die Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen betreffend Pausen 1 111 (1 360) und gegen wieber betreffend Dauer der Beschäftigung von Jugendlichen und von Kindern 1 149 (1 238) bzw. 551 (599). Was ferner die Zuwiderhandlungen gegen Greise und Betrügereien betrifft, die Beschäftigung von Arbeiterninnen angeht, so betrug die Zahl der Anlagen, in denen Zuwiderhandlungen ermittelt wurden, 7 296 (7 391); daß sind 4,6 Prozent (5 Prozent) der revidierten Anlagen. Beurkraft wurden 835 (817) Personen. Auch hier stehen unter den Zuwiderhandlungen diejenigen gegen Bestimmungen betreffend Ausängen, Aushänge usw. 5940 (5724) an erster Stelle; von diesen verbotener Beschäftigung an Samstagen und Sonntagen der Betrieb wurde 1 422 (1 613) ermittelt. Die Zahl der Betriebe, denen Nebentätigkeit erwachsener Arbeitersinnen für Wohnung bereitgestellt werden war, betrug 1 391, im Vorjahr 1 870; es zeigt sich also, wie bereits 1907, ein weiterer Rückgang. Das gleiche gilt auch für die Zahl der Arbeitersinnen, denen jliche Nebentätigkeit gestattet war; sie sank von 1 436 683 im Jahre 1907 auf 87 193 im Jahre 1908. Die Zahl der beschäftigten Nebentätern ist mit den

1 846 206½ im Jahre 1907 auf 1 279 132½ im Jahre 1908. Die für Samstage bewilligte Überarbeit erwachsener Arbeiterinnen ging ebenfalls zurück. Die Zahl der Betriebe, denen solche genehmigt wurde, sank von 278 auf 223 und die Zahl der beteiligten Arbeiterinnen von 17 821 auf 10 015.

Aus Arbeitgeberkreisen.

Der industrielle Wahlfonds! Die Scharfmacher sind eifrig am Werke ihre Macht zu fördern. Mit der Vertretung der industriellen und gewerblichen Interessen im politischen Leben durch den Hansabund, sind sie nicht zufrieden gestellt, da letzterer, doch den Wünschen der Scharfmacher nicht so gefügig sein kann. Am 15. Okt. d. J. tagte im Hotel Adlon zu Berlin der Ausschuß des Centralverbandes deutscher Industrieller. Das (Geheim-) Protokoll dieser Verhandlungen zeigt mit aller Deutlichkeit, was die Herren im Schild führen. Generalsekretär Buck legte dar, in welcher Weise bisher seitens der Scharfmacher versucht worden sei, einen größeren Einfluss im politischen Leben zu erhalten: Kommerzienrat Menk-Altona habe die Gründung eines „Bundes der gewerblichen Arbeitgeber“ vorgeschlagen, der sich nur mit Fragen sozialpolitischer Natur befassen sollte. Dr. Tille habe den Vorschlag gemacht alle Arbeitgeber in einem polnischen Arbeitgeberbund zu vereinen; Syndikus Dr. Stresemann habe erreicht, daß im alten sächsischen Landtag 80 Industrielle läßen; Professor Dr. Leidig habe den Vorschlag der Gründung eines „Industrieverbandes der national-liberalen Partei“ gemacht; der Syndikus der bayrischen Metallindustriellen Dr. König, siehe auf dem Standpunkt, daß zunächst die Organisation der Arbeitgeberverbände vollständig durchzuführen sei. Das Direktorium des Centralverbandes schlage nunmehr vor, einen industriellen Wahlfonds zu bilden, aus dem alle Parteien zu unterstützen seien, die als Kandidaten Männer auf das Schild erhoben, die auf dem Standpunkte der Scharfmacher stehen. Der Wahlfonds solle gewissermaßen der Kulissenturm der Industriellen sein. Die Verwaltung des Fonds soll einer Kommission obliegen die aus Vertretern von 15 der bedeutendsten Verbänden der Industriellen gebildet wird. Diese Kommission hat eine Geschäftsstelle zu unterhalten, deren Aufgabe es ist, sich über die Verhältnisse in den einzelnen Wahlkreisen zu informieren, hier Vertrauensleute aufzustellen und Vorschläge für das Vorgehen bei den Wahlen der Kommission zu unterbreiten. — Als Maßstab zum Beitrag für den Wahlfonds, soll die Lohnsumme der beschäftigten Arbeiter gelten.

Es ist klar ersichtlich, was die Scharfmacher planen. Mit Hilfe enormer Geldmittel wollen sie bei den Wahlen Mandate erobern. Keine bürgerliche Partei soll von den Zuwendungen ausgeschlossen sein. Bedingung ist nur: Bedingungslose Unterwerfung des Kandidaten unter das Programm der Scharfmacher. Bei den letzten Wahlen hat, wie bei der erwähnten Gelegenheit hervorgehoben wurde, die „Industrie“ schon einen Wahlfonds zur Verfügung gehabt. Man will jedoch keine guten Erfahrungen damit gemacht haben, da auch damit Kandidaten unterstützt sein sollen, die Gegner der scharfmächerischen Verebungen waren. Eine Befreiung soll durch die neue Form der Verwaltung des Fonds herbeigeführt werden.

Die sich an das Buck'sche Referat anschließende Diskussion war außerordentlich lebhaft. Dieselben war zu entnehmen, daß das Kartellverhältnis zwischen „Hauptstelle“ und „Verein“ noch enger werden soll und daß das endliche Ziel die völlige Vereinigung aller Arbeitgeberverbände ist. Das Streitunterstützungsmessen soll einheitlich geregt werden wie auch die einseitigen Arbeitsnachweise der Unternehmer eine weitere Ausdehnung erfahren sollen. Der bekannte Dr. Tille führte an, daß die Industriellen zur Bearbeitung der 397 Wahlkreise mindestens 8000 Agitatoren haben müßten. Um diese zu gewinnen, seien 200 Lehrkräfte erforderlich. Die Lehrkräfte müßten auf einer besonderen Akademie herangebildet werden. Von den heutigen Universitäten sei infolge der hier herrschenden klasse moralischen Tendenzen nichts zu erhoffen. Die Akademie dürfte sich nicht einmal an dem Cne einer Universität befinden, da sonst eine Beeinflussung der akademischen Lehrer anderer Richtungen, im persönlichen Verkehr zu befürchten sei. Als geeigneter Sitz der Akademie wurde Düsseldorf empfohlen. — Syndikus Dr. Rothe-Hannover erwartet von dem Bekanntwerden der Bildung des Wahlfonds, daß die maßgebenden

Parteigrößen den Scharfmächer etwas gefügig werden.

Das Vorgehen der Scharfmächer eröffnet nette Aussichten für die nächste Reichstagswahl. Es ist außer Frage, daß das Geld im Wahlkampfe dann die Hauptrolle spielen wird. „Der Dollar rollt — —“. Die Arbeiter haben so ganz besonders Veranlassung in den bürgerlichen Parteien darauf zu achten, daß das höchste Recht des deutschen Staatsbürgers durch das Geld der Scharfmächer nicht geschändet wird. Es mit dem Gelde der Scharfmächer unterstützter Kandidat muß von vornherein als Verfechter des „Klassenkampfes von oben“ gelten und darf er ebenso wie die „Klassenkämpfer von unten“ auf die Stimmen der christlichen Arbeiter nicht rechnen. Der Mannum der Scharfmächer darf den erhofften Erfolg nicht bringen. Deren Einfluss ist schon heute so groß, daß es keinerlei Erweiterung, wohl aber einer Verminderung bedarf.

Aus dem gewerblichen Leben.

Deutschlands Waldungen nahmen im Jahre 1900 von der Gesamtfläche des deutschen Reiches 13 995 870 Hektar gleich 25,9 % ein. Gegenüber früheren Feststellungen ergibt sich, daß die Forsten und Holzungen Deutschlands fortgesetzt eine, wenn auch kleine, Vergrößerung des Flächenbestandes erfahren haben. Im Jahre 1888 betrug der Bestand 19 308 400 ha = 25,7 % der Gesamtfläche und 1893 13 956 300 ha = 25,8 % des gesamten Bodens.

In den einzelnen Bundesstaaten war der Bestand an Forsten und Holzungen in schon genanntem Jahre folgender Preußen 82 701 300 ha (23,7 % der Gesamtfläche); Bayern 24 665 500 (32,5); Sachsen 3 845 400 (25,8); Württemberg 6 004 100 (30,8); Baden 5 677 (37,7); Hessen 2 400 100 (31,2); Mecklenburg-Schwerin 2 367 400 (18,0); Sachsen-Weimar 930 900 (25,7); Mecklenburg-Strelitz 622 300 (21,2); Oldenburg 683 400 (10,6); Braunschweig 1 094 700 (30,1); Sachsen-Meiningen 1 038 600 (42,1); Sachsen-Altenburg 359 000 (27,1); Sachsen-Coburg-Gotha 595 800 (30,1); Anhalt 578 000 (25,1); Schwarzbürg-Sondershausen 267 100 (31,0); Schwarzbürg-Rudolstadt 413 300 (43,9); Waldeck 423 000 (33,2); Neuß. a. S. 112 500 (35,6); Neuß. j. L. 312 000 (37,8); Schaumburg-Lippe 69 000 (20,3); Lippe-Detmold 33 1900 (27,6); Lübeck 40 800 (13,7); Bremen 500 (0,2); Hamburg 17 900 (4,3); Elsass-Lothringen 4 398 300 (30,3).

Dem Bestand nach waren von den 13 995 870 ha (genau 13 995 869 ha) Forsten, Kronforsten 257 302, Staatsforsten 4 430 090, Staatsanteilsforsten 29 793, Gemeindeforsten 2 258 090, Stiftungsforsten 211 015, Genossenschaftsforsten 306 214, Privatforsten 6 503 365 ha.

4 544 800 ha des Waldbestandes war Laubwald, darunter wieder 2 571 952 ha Hochwald. Der Nadelwald belief sich auf 9 451 069 ha, davon 8 407 267 Hochwald. — Im Hochwald waren bestanden mit Eichen 532 395 ha; Birken, Erlen u. i. w. 212 310 ha; Buchen und sonstigen Laubholz 1 827 217 ha. Der Laub-Hochwald wies auf: Bestand an über 100 Jahren alten Bäumen 416 478 ha; 81—100 Jahre alt: 395 691 ha; 61—80 Jahre: 478 210 ha; 41 bis 60 Jahre: 457 635 ha; 21—40 Jahre: 424 218 ha; bis 20 Jahre: 369 167 ha; Räumen: 18 556 ha; Blößen 11 997 ha.

Der Bestand an Nadel-Hochwald setzte sich zusammen aus 5 603 128 ha Fichten; 13 309 ha Lärchen; 2 492 122 ha Fichten; 298 708 ha Tannen. — Dem Alter nach war der Nadel-Hochwald über 100 Jahre: 61 144 ha; 81—100 Jahre: 720 965 ha; 61—80 Jahre: 1 120 895 ha; 41 bis 60 Jahre: 1 664 777 ha; 21—40 Jahre: 1 987 078 ha; bis 20 Jahre: 2 010 846 ha; Räumen: 113 030 ha; Blößen: 178 241 ha.

Der Holzvertrag der deutschen Waldungen betrug nach der Aufnahme vom Jahre 1900, im letzten Wirtschaftsjahr, an Muzholz 20 017 896 Festmeter; an Brennholz 17 850 646 Festmeter; Stock- und Heizholz 10 472 305 Festmeter; Eichenholz 134 626 Festmeter; Weidentuten 101 438 Festmeter.

Was die Ertragsfähigkeit der Waldungen anbelangt, so ergibt sich, daß diese von Jahr zu Jahr durchweg gesteigert wird. Bei den Staatsforsten wurde im Jahre 1907 an Roheinnahmen pro Hektar erzielt: Preußen 43,29 Mt. (Ergebnisüberschuss pro Hektar 1906 und 1907: 24,21 resp. 25,44 Mt.), Bayern 49,02 Mt. (24,60: 27,09 Mt.), Sachsen 93,57 Mt. (49,56: 60,22 Mt.), Württemberg 114,03 Mt. (69,51: 76,65 Mt.), Baden 89,86 Mt. (51,76: 55,30 Mt.), Hessen 49,28 Mt. (25,50: 26,25 Mt.), Mecklenburg-Schwerin 40,09 Mt. (20,34: 21,14 Mt.), Mecklenburg-Strelitz 36,46 Mt. (19,95: 25,23 Mt.).

Mitteldutsche Tischler-Fachschule

Tischler in Zahl.

Erste Mittelschule der Branche zu Mitteldutsche (Fachschule für Tischler, Schreiner, Schreinerei)

Programme frei lange bis Direktion

B. Kolscher's Fachschule Detmold

für Tischler u. für gewerb. Zeichnen
Erfurterstraße, Ecke Grabenstraße

In 3 Monaten Ausbildung zum Werkführer und Techniker. In 6 Monaten Ausbildung zum Zeichner und Buchhalter. Schulgeld 25 Mk. pro Monat. Kostenfreie Abschlussprüfungen. Eintritt jederzeit. Auskunft durch die Direktion.

B. Kolscher.

Tischler-Fachschule

Blauerberg a. Herz.

technische Ausbildung als Werkmeister, Betriebsleiter und Zeichner. Programme frei.

Direktor Reineking

Zum Selbstunterricht empfohlen: Die „Tischler für Tischler“, 190 Seiten stark, gebunden M. 5. Zu bejagen zum Direktor Reineking Blauerberg am Berg.

Tischler-Fachschule Detmold

gegründet 1893. Städtschule, Meister, Werkmeister, Zeichner, Große Hörs- u. Zeichensäle :: Werkstätten :: Programme frei ::

Direktor Brecht

Schreiner-

Werkzeuge: Putzhobel, feins. Rückensäge, amerik. Schrankenbüscher, sowie viele andere Werkzeuge. Katalog gratis und franko.

HEINRICH BUSCH, Werkzeug-Versandhaus,

Hagen i. W.

Einzelhandel: Biller, Marqueterie, Heidelberg, Theaterstraße 7.

Für Schreiner.

Großes modernes Möbelwerk, 300 Sitzen 1—10 für ca. 60 Zimmer, in Farbe, für nur 3 Mark abzugeben.

Paul Kast, Möbelfab.

Düsseldorf, Beopoldstr. 45.

Süddeutsche Schreiner-Fachschule

Nürnberg.

Erstklassige Lehranstalt.

Kirchenweg 14. Dir. C. Maihann

Werkführer.

Ein gebildeter tüchtiger Tischler 37 Jahre alt. Dane, 7 Jahre Aufenthalt im Ausland, sucht Stellung. Tüchtiger Arbeitszeichner, repräsentabel, beste Empfehlungen. Billet mtk 103 an A/S. Averter, Nygade 1 Kopenhagen.